
Antrag

der Fraktion der CDU

In Krisenzeiten wie der Pandemie braucht das Ehrenamt sehr viel mehr öffentliche Anerkennung und Würdigung als bisher

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus umgehend ein Bericht vorzulegen, ob und wie es gelungen ist, dem Ehrenamt und den vielen ehrenamtlichen Helfern im Land Berlin in Zeiten der Pandemie mehr öffentliche Anerkennung und Würdigung zu verschaffen als bisher.

Insbesondere soll dabei berücksichtigt werden, wie viele langjährig Engagierte als auch neu Engagierte mit und ohne Migrationshintergrund in Zusammenarbeit des Senats mit Initiativen und Verbänden öffentlich ausgezeichnet und geehrt wurden.

Dem Bericht ist eine Analyse beizufügen, inwieweit es notwendig ist, in diesem Bereich gravierende Defizite zu beseitigen, und welche Anstrengungen unternommen werden müssen - neben dem Freiwilligenpass und der Ehrenamtsnadel - neue öffentlichkeitswirksame Formen der Anerkennung zu entwickeln, um diesem Anliegen gerecht zu werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals bis zum 30. Juni 2021 zu berichten.

Begründung

In einem kürzlich veröffentlichten Interview mit einer Vertreterin der Freiwilligenagentur Berlin wurde folgende Situation beschrieben: Durch die Corona-Pandemie sei in ca. 10 % der Initiativen und Vereinen die herkömmliche ehrenamtliche Arbeit zum Erliegen gekommen. Das

habe für die dort Engagierten viel Entmutigung und Frustration gebracht. Trotzdem hätten sich Projekte und Vereine umstellen können und unter schwierigen Bedingungen in bewundernswerter Form neue Wege der ehrenamtlichen Arbeit beschritten.

Dies alles gelte es stärker öffentlich anzuerkennen und zu würdigen, zum einen die langjährig Engagierten, die durchgehalten haben und zum anderen die neu Engagierten, für die die Pandemie der Auslöser gewesen ist, sich ehrenamtlich für andere einzusetzen. Dafür brauche es neue Formen der Anerkennung und öffentlichen Würdigung neben dem herkömmlichen Formen wie dem Freiwilligenpass und der Ehrenamtsnadel.

Diese Argumente und Hinweise aus der Sicht von Praktikern, die täglichen Umgang mit freiwilligen Helferinnen und Helfern haben, sind sehr ernst zu nehmen. Deshalb sollte vor diesem Hintergrund der Senat im Sinne des Antrags tätig werden.

Berlin, 26. April 2021

Dregger Friederici Demirbüken-Wegner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU